

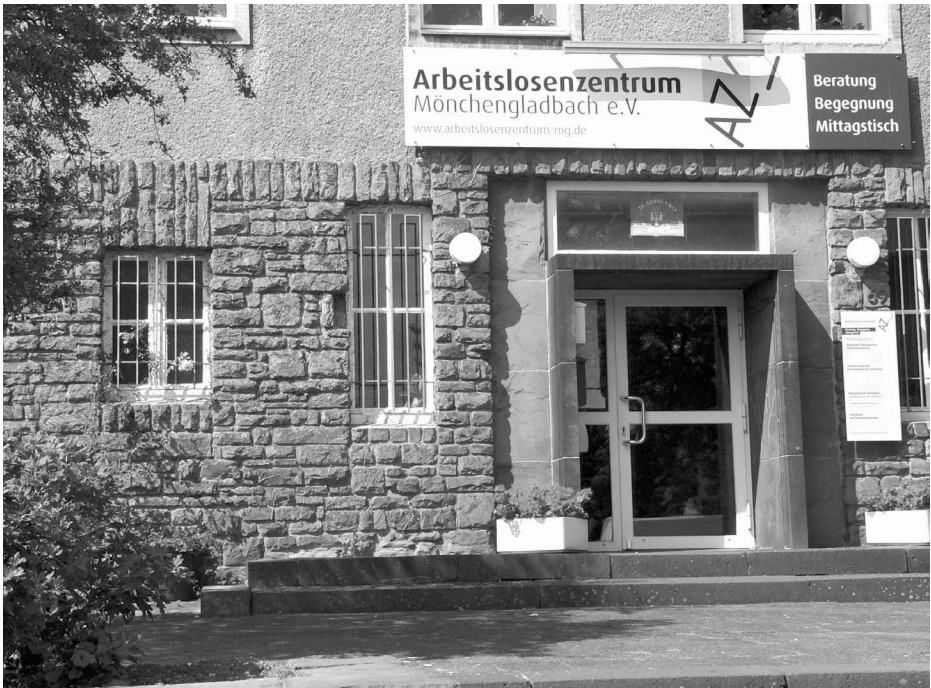
MG-City

DIE LINKE.

AUSGABE III/08

Arbeitslosenzentrum – notwendig für unsere Stadt!

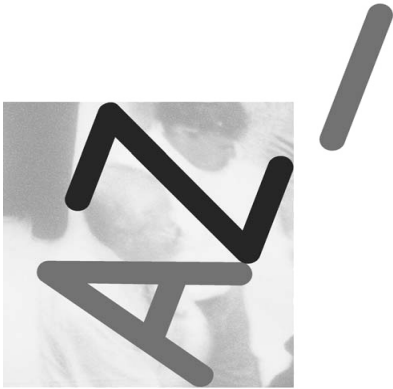
In Zeiten von Hartz IV, von immer weiteren Kürzungen, von steigenden Energiepreisen, die oft zur Sperrung von Strom und Gas führen, ist eine unabhängige Beratungsstelle in unserer Stadt notwendiger denn je.



Mönchengladbach hat so eine Einrichtung. Seit 1982 engagiert sich der Verein „Arbeitslosenzentrum Mönchengladbach e. V.“ für Menschen in unserer Stadt.

Seite 4: Öffentliche Beschäftigung statt Ein-Euro-Jobs

Hier auf der Lüpertzender Straße 69 wird beraten, hier wird Hilfestellung angeboten, hier existiert ein preiswerter Mittagstisch, den der Verein aus Spenden finanziert.



Täglich ein frisch gekochtes Menü für EmpfängerInnen von Hartz IV für 2,00 EUR mit Vorspeise und Nachtisch, dazu die Möglichkeit, mit anderen Menschen beim Mittagessen in Kontakt zu kommen und nicht isoliert und allein in der eigenen Wohnung verbleiben, das sind Leistungen, die notwendig sind und von keiner anderen Institution angeboten wird.

Jährlich mehr als 3.000 Beratungen, 11.000 ausgegebene Mittagessen sind ein Beleg, wie stark diese Einrichtung frequentiert wird.

Nun ist diese Einrichtung in Gefahr. Ab September fallen Fördergelder in Höhe von 64.000 EUR aus dem Sozialfond der Europäischen Union weg.

Nicht, weil es diese Gelder nicht mehr gibt, sondern weil der Arbeits- und Sozialminister von NRW, Herr Laumann (CDU) entschieden hat, dieses Geld anders einzusetzen. So sieht die soziale Politik der CDU/FDP Landesregierung in der Praxis aus.

Da der Verein den Ausfall der 64.000 EUR nicht mit eigenen Mitteln ausgleichen kann, bleibt nur noch die Möglichkeit über eine Förderung durch die Stadt Mönchengladbach.

DIE LINKE. fordert die Stadt Mönchengladbach auf, die Finanzierung für diese Einrichtung dauerhaft zu sichern.

Neben einer Arbeitsgelegenheit muss einem Hartz IV Empfänger genügend Zeit zur Arbeitssuche bleiben.

Eine Arbeitszeit von 30 Stunden wöchentlich zuzüglich Wegezeiten ist im Rahmen einer Arbeitsgelegenheit nicht mehr zumutbar. Ein erwerbsfähiger Hilfebedürftiger muss ausreichend Zeit haben, sich um offene Stellen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu bemühen.

Das Landessozialgericht hatte über den Fall eines Arbeitssuchenden zu entscheiden, der seit Januar 2005 Arbeitslosengeld II bezog.

Nach einem ärztlichen Gutachten war er in der Lage, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt vollschichtig körperlich leichte und gelegentlich mittelschwere Arbeiten zu verrichten.

Im März 2007 bot die ARGE dem Kläger den Abschluss einer Eingliederungsvereinbarung an. Dabei handelte es sich um eine Arbeitsgelegenheit von 30 Stunden wöchentlich für drei Monate bei einer Mehraufwandsentschädigung von 1,25 Euro je Arbeitsstunde.

Impressum

V.i.S.d.P:

DIE LINKE. / Helmut Schaper
Mönchengladbach

Postfach 30 10 01

41191 Mönchengladbach

Telefon: 0 21 66 / 979 22 43

Fax: 0 21 66 / 979 22 42

E-Mail: info-die-linke@solargeneration.de

Web: www.die-linke-zeitung.de

Der Kläger lehnte den Abschluss der Vereinbarung ab, weil die aus der Arbeitsgelegenheit entstehenden Kosten die Mehraufwandsentschädigung übersteigen würden.

Daraufhin senkte die ARGE die Regelleistung des Arbeitslosengeldes II von 345 Euro um 30 Prozent. Die hiergegen vor dem Sozialgericht Koblenz erhobene Klage hatte keinen Erfolg.

Das Landessozialgericht hob die Entscheidung des Sozialgerichts und die angefochtenen Bescheide auf.

Eine Wochenarbeitszeit von 30 Stunden ist jedenfalls bei einer Wegezeit von 45 Minuten pro Strecke von der Wohnung zum Einsatzort nicht zulässig. Zwar muss ein erwerbsfähiger Hilfebedürftiger eine ihm angebotene zumutbare Arbeitsgelegenheit übernehmen, er muss aber andererseits auch alle Möglichkeiten ausschöpfen, um seine Hilfebedürftigkeit zu beenden oder zu verringern.

Die Arbeitssuche erfordert ausreichend Zeit, sich um offene Stellen durch das Lesen von Arbeitsangeboten, das Schreiben von Bewerbungen, Vorsprachen bei möglichen Arbeitgebern und das Aufsuchen der Agentur für Arbeit zu bemühen. Daran fehlt es bei einer Arbeitszeit von 30 Stunden zuzüglich Wegezeit

Landessozialgericht Rheinland-Pfalz

(Urteil vom 18.03.2008 - L 3 AS 127/07).

Mönchengladbach braucht eine weitere Gesamtschule

Jahr für Jahr müssen über 500 Schülerinnen und Schüler an den Gesamtschulen abgewiesen werden.

Der Grund:

Die Ratsmehrheit aus CDU und FDP verweigert die Einrichtung weiterer Gesamtschulen.

Undenkbar wäre es doch, dass jedes Jahr 500 Kinder an Mönchengladbacher Gymnasien abgewiesen würden. Aber Gesamtschüler sind nicht das Klientel, aus denen CDU und FDP schöpfen.

DIE LINKE. *Mönchengladbach*

Der Elternwille spielt für sie in Bezug auf Gesamtschule keine Rolle. Und so werden Realsschulen und Hauptschulen unter anderem aus abgewiesenen Gesamtschülern gespeist.

- Die Mönchengladbacher CDU und FDP sollte sich an ihren Wuppertaler Parteifreunden ein Beispiel nehmen: Dort wurde von ihnen kürzlich noch eine weitere Gesamtschule bewilligt.
- DIE LINKE. MG fordert für Mönchengladbach die Einrichtung einer weiteren Gesamtschule.

Öffentliche Beschäftigung statt Ein-Euro-Jobs

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Agentur für Arbeit hat in seiner jüngsten Studie festgestellt, dass die so genannten Ein-Euro-Jobmaßnahmen durchgehend geringe bzw. keine Wirkung in Bezug auf die Integration in den Arbeitsmarkt hat. Vor allen Dingen nicht bei jungen Erwachsenen.

Schlimmer noch: Maßnahmeteilnehmer haben nach Abschluss derartiger Ein-Euro-Jobs noch schlechtere Chancen zur Integration.

Quelle: <http://doku.iab.de/kurzber/2008/kb0208.pdf>

Ein-Euro-Jobs sind somit nutzlos und teuer.

Sie kosten die Agentur für Arbeit im Schnitt (Sozialversicherung und Leistungen nach dem SGB II) 860 EUR. Hinzu kommen Kosten in Höhe von 426 EUR, die von der Agentur für Arbeit an den Träger der Ein-Euro-Maßnahme gezahlt werden muss. Das ergibt die Summe von 1286 EUR für eine Maßnahme, die nur geringe bzw. keine Wirkung in Bezug auf die Integration in den Arbeitsmarkt hat.

Wie sähe denn eine Alternative zu den Ein-Euro-Jobs aus?

Ein versicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis mit den gleichen Kosten - 1.300 EUR brutto - würde Arbeitgeberkosten von 1.600 EUR bedeuten

und einen Nettoverdienst von 951 EUR bei einem Alleinstehenden.

Der Vorteil: 320 EUR gegenüber 180 EUR bei den Ein-Euro-Jobbern würden an Steuern und Sozialabgaben an den Staat in die Sozialkassen zurück fließen. Der Arbeitslose hätte 145 EUR mehr im Monat, und, was viel wichtiger ist: Er würde mit seinem Job wieder zur Gesellschaft gehören und nicht ausgegrenzt sein. Seine Würde wäre nicht mehr die eines Langzeitarbeitslosen ohne Perspektive, sondern würde wieder hergestellt sein. Weitere Informationen dazu unter www.erwerbslosenforum.de.

Warum wird so ein Vorschlag nicht umgesetzt?

Ein-Euro-Jobs bei Arbeitslosen und Leiharbeit bei Beschäftigten dienen dazu, niedrige Löhne durchzusetzen und die Menschen zu disziplinieren. Sie gehen einher mit der weiteren Aushöhlung von Rechten der ArbeitnehmerInnen wie Kündigungsschutz und Rechten aus dem Betriebsverfassungsgesetz.

Die Zustimmung und die Ausweitung derartiger Maßnahmen durch die regierenden Parteien, ob es nun SPD und Grüne oder jetzt SPD und CDU betrieben haben, dient der Durchsetzung des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus, der für seine Erzielung von Maximalprofiten bei der Geldanlage niedrige Löhne, geringe Sozialleistungen und die Zurückdrängung von

er kämpften Mitbestimmungsrechten der ArbeitnehmerInnen braucht.

Deshalb helfen auch keine Korrekturen an den bestehenden Gesetzen. Hartz IV muss weg. Die Leiharbeit muss drastisch eingeschränkt und die Finanzmärkte müssen reguliert werden, damit keine Profite zu Lasten der Allgemeinheit gemacht werden können.

DIE LINKE. hat zu diesen und anderen Bereichen eine Broschüre herausgegeben: „100 Programmpunkte der LINKEN“

Erhältlich im Büro Burgstraße 4 in 41199 Mönchengladbach oder Bestellung unter DIE LINKE. KV Mönchengladbach, Postfach 30 10 01, 41191 Mönchengladbach oder info-die-linke@solargeneration.de

DIE LINKE Mönchengladbach hat Zuwachs: Neue Ortsgruppe gegründet

Die erste Versammlung der Ortsgruppe Rheydt der Partei DIE LINKE. am Donnerstag, 3. Juli 2008, erfreute sich regen Interesses,

22 Teilnehmer waren zur Gründungsversammlung in den Geneickener Bahnhof gekommen. Mit einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen beschloss man die Gründung. Ebenfalls

erfreut registrierte die Versammlung das Interesse der Journalisten der Bürgerzeitung für Mönchengladbach und Umgebung.

Wo der Schuh drückte, welche Themen die Gruppe in Zukunft aufgreifen will, trugen die Anwesenden nach einer Vorstellungsrunde dann in lebhaften Diskussionen zusammen.

DIE LINKE. Ortsgruppe-Rheydt

Ihr Katalog sieht recht umfassend aus und die Ortsgruppe hat viel zu tun: Leerstände in der Stadt, Pahlkebad, HARTZIV, Verkehrs-Stadtentwicklung, ECE, Umweltthemen insbesondere Gentechnik, Kinder, Familie, Jugend, Studiengebühren, Parteiprogramm. „Wir wollen die Ortsgruppe nach den Wünschen und Vorstellungen der Rheydter Bürger gestalten,“ so Sabine Cremer vom Kreisvorstand, „von Anfang an feste Strukturen und Themen vorzugeben, würde viele daran hindern, sich selbst konstruktiv einzubringen.“

Zunächst verfasste die neu gegründete Ortsgruppe auf Anregung von Torben Schultz eine Pressemitteilung zur Schließung des BAföG-Amtes in Mönchengladbach. „Die Studierenden müssen nun längere Wege in Kauf nehmen“ monierte Schultz.

Als ersten konkreten Arbeitsschritt für die Ortsgruppe wurde dann beschlossen, nach den Sommerferien eine Vorführung der Dokumentarfilmreihe neue WUT Teil 1-3 zu organisieren. Auch das „100 Punkte Programm“ der LINKEN wird im Mittelpunkt der nächsten Veranstaltung stehen. Einen weiteren Schwerpunkt werden die Kommunalwahlen bilden.

Damit sich die Zeit, zu der die Ortsgruppe Rheydt tagt, bei den Bürgern gut einprägt, wurde beschlossen, dass die Treffen an jedem ersten Donnerstag im Monat um 19.30 im Geneickener Bahnhof stattfinden werden.

Sicherheitsbefragung von MigrantInnen: Unsinnig und diskriminierend!

MigrantInnen, die in NRW einen Aufenthaltstitel beantragen oder verlängern wollen, müssen bei der Ausländerbehörde ein einem geheimen Fragebogen ihre Haltung zum Terrorismus darlegen.

Ziel dieser Befragung laut NRW Innenministerium: „Wir wollen rechtzeitig diejenigen herausfiltern, die eine Gefahr bilden können.“

So werden MigrantInnen u. a. gefragt, ob sie gefälschte Papiere verwenden, Mitglied bei AlQaida sind, an einer Spezialausbildung zum Gebrauch von Sprengstoff und Chemikalien teilgenommen und sich an politisch, ideologisch und religiös motivierten Gewalttätigkeiten beteiligt haben.

Dieser Fragebogen ist unsinnig. Als ob ein wirklicher Terrorist diese Fragen mit „Ja“ beantworten würde.

Dieser Fragebogen ist teuer, weil die Stadt Mönchengladbach die Kosten dafür tragen muss.

Dieser Fragebogen ist diskriminierend. Mit diesem Gesinnungstest werden diese Menschen unter einen Generalverdacht gestellt. Für sie gilt die gesetzlich verankerte Unschuldsvermutung nicht.

Auf den im Strafprozessrecht verankerten Grundsatz, dass niemand

gezwungen werden darf, sich selbst einer Straftat zu bezichtigen, können sich diese Menschen nicht berufen.

Die Partei DIE LINKE. hat deshalb einen Bürgerantrag gestellt:

„Der Rat der Stadt Mönchengladbach fordert die Landesregierung auf, den Erlass zur Durchführung der Sicherheitsbefragung von MigrantInnen zurück zu ziehen.“

Der Bürgerantrag und weitere Materialien können Sie anfordern unter:

DIE LINKE.

Kreisverband Mönchengladbach
Postfach 301001
41191 Mönchengladbach

oder download unter:

www.die-linke-mg.de
www.die-linke-zeitung.de

Kopplung muss weg!

Mit einer Preissenkung von 0,65 Cent pro Kilowattstunde und einer Prämie von 20 Euro hat die NVV 2007 die Kunden gelockt, die Umstellung der alten Gasverträge auf NEWgas und damit die Kopplung des Gaspreises an die Ölpreisentwicklung zu akzeptieren.

Die Mitglieder der Linken Liste im Rat der Stadt haben schon im April 2007 vor dieser Kopplung gewarnt. Zum einen, weil es keinen Grund für eine Kopplung gibt. Öl und Gas werden in jeweils anderen Regionen unter unterschiedlichen Bedingungen und Kosten gefördert.

Zum anderen, weil mit dieser Kopplung aufgrund des steigenden Ölpreises ein von Quartal zu Quartal steigender Gaspreis zu erwarten ist.

Diese Situation ist nun eingetreten. Mit der zu erwartenden Gaspreiserhöhung zum 1.10.2008, der vierten in diesem Jahr, wird die Kostensteigerung seit dem 1.1.2008 ca. 45% betragen. Der Preisanstieg beim Öl wird aufgrund der Spekulationsgewinne auch in der nächsten Zeit anhalten. Aufgrund der Kopplung beim NVV Vertrag haben nun die Haushalte in Mönchengladbach diese Spekulationsgewinne zu bezahlen. RWE gewinnt dabei doppelt: Aufgrund seiner Beteiligung bei Gaslieferanten und aufgrund seiner 50%igen Beteiligung bei der NVV.

Neben den privaten Haushalten wird auch der Haushalt der Stadt belastet. Die Heizkosten bei LeistungsempfängerInnen nach dem SGB II und SGB XII muss die Stadt Mönchengladbach bezahlen. DIE LINKE. fordert die in den Gremien der NVV gewählten Ratsmitglieder, vor allen Dingen von CDU und FDP auf, dafür einzutreten, dass diese Kopplung an die Ölpreisentwicklung bei den NVV Verträgen aufgegeben wird.

Es ist eine Form von Pharisäertum, wenn Politiker der Parteien von CDU und FDP im Rat über Kostensteigerungen bei den Sozialleistungen klagen, die sie in der Praxis mit verursachen. Im Sozialausschuss hat Sozialdezernent, Dr. Michael Schmitz, den vom LiLO-Vertreter, Rolf Flören, gemachten Vorschlag nach einem Großabnehmerarif zwischen Stadt und NVV als „praktisch nicht umsetzbar“ zurückgewiesen.

DIE LINKE. verweist auf die derzeitige Diskussion um einen Sozialtarif und fordert die Stadt auf, mit der NVV über einen Großabnehmervertrag für Haushalte mit LeistungsempfängerInnen nach dem SGB II und SGB XII zu verhandeln, um über diesen Weg einen Sozialtarif für diesen Personenkreis bei Strom und Gas durchzusetzen.

Ein Tip zum Schluß: Bei Neuvermietung einer Wohnung sind Vermieter neuerdings verpflichtet, auf Verlangen der Mieter einen Energieausweis vorzuweisen. Hier kann der Mieter prüfen, welche Verbrauchswerte auf ihn zukommen und dieses bei der Entscheidung für oder gegen die Anmietung einer Wohnung berücksichtigen. Bei den enorm gestiegenen Gaspreisen ist dies ein wichtiger Gesichtspunkt.
